

STADT TROSTBERG

Beschluss-Nr. 2009006

Amt: 51

Vorlagen:

Sitzung des	STR			
am	21.01.2009			
Mitglieder	25			
anwesend	23			
für : gegen	23 : 0			
öffentlich/nichtöffentlich	ö			
vorberatend/beschließend	b			
Sachbearbeiter	Kämmerer	Stadtbaumeister	Hauptamt	Bürgermeister

Es wird festgestellt, dass sämtliche Stadtratsmitglieder zu der heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen worden sind und dass mehr als die Hälfte anwesend ist. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Gegenstand:

Lärmaktionsplanung;
Entscheidung über das weitere Vorgehen

Sachverhalt:

Über die EG-Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG wurde bereits öffentlich informiert. Die Richtlinie dient der Bekämpfung dringender Lärmprobleme. Ziel ist die Erfassung und Minderung von Umgebungslärm in dicht besiedelten Gebieten mit Hilfe von Lärmaktionsplänen. Mit der Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes hat der Bayerische Landtag im Juni 2008 die bundesrechtliche Zuständigkeit der Gemeinden an den Hauptverkehrsstraßen bestätigt.

In einer ersten Stufe wurden durch das LfU Lärmkartierungen für Hauptverkehrsstraßen, die mit mehr als 6 Mio Fahrzeugen/Jahr (= 16.400 Fahrzeuge/Tag) belastet sind, erstellt; dazu gehört in Trostberg die B 299 vom Schwarzerberg bis zur Bayernstraße. Die Lärmkartierung ist unter www.umgebungslaerm.bayern.de einsehbar.

Auf die Beschlüsse des Stadtrates Nr. 2008002 vom 30.01.2008 und des Bauausschusses Nr. 2008084 vom 22.09.2008 wird Bezug genommen.

Die Regierung von Oberbayern hat mit Schreiben vom 16.07.2008 mitgeteilt, dass nach Auswertung der vorliegenden Lärmkarten unter Zugrundelegung einer Prioritätensetzung nach Lärmbrennpunkten und einer Betroffenenanzahl von mehr als 50 Einwohnern eine Lärmaktionsplanung in Trostberg zu prüfen sei. Mittlerweile wurden den betroffenen Gemeinden auch Muster-Aktionspläne zugeleitet.

Bestandteile eines Lärmaktionsplans können z. B. sein die Planung einer Ortsumfahrung, Belagsanierungen, Schallschutzfenster oder Tempo 30. Die tatsächliche Umset-

zung einzelner geplanter Maßnahmen muss nach nationalem Fachplanungsrecht (mit eigener Rechtsgrundlage) erfolgen.

Die Struktur der vorhandenen Bebauung an der B 299, die Art der baulichen Nutzungen und die Wechselwirkungen untereinander müssten untersucht und gutachterlich gewürdigt werden. Auch laufende und künftige Bauleitplanverfahren wären entsprechend zu berücksichtigen.

Die Realisierung dann festgelegter Ziele scheitert aber oftmals an den finanziellen Möglichkeiten der zuständigen Behörden (Staatliche Bauämter etc.).

Die Entscheidung darüber, ob und wann ein Lärmaktionsplan aufgestellt wird, liegt allein bei der Stadt. Im Hinblick darauf, dass in der folgenden Stufe 2 der Umsetzung der Richtlinie (für Hauptverkehrsstraßen mit mehr als 8.200 Fahrzeuge/Tag) Trostberg mit allen klassifizierten Straßen betroffen sein wird und die Kartierung bereits angelaufen ist, wird vorgeschlagen, erst ab Stufe 2 in eine konkrete Lärmaktionsplanung einzutreten.

Beschluss:

Vom Sachverhalt wird zustimmend Kenntnis genommen.

Die Aufstellung eines Lärmaktionsplanes erfolgt unter Hinweis auf die laufenden Planungen für eine Westumfahrung (Vorentwurf liegt vor) und derzeit nur betroffener Teilabschnitte der Bundesstraße im Rahmen der Stufe 1 der Richtlinie nicht.